
Ungleichheit und Krise in Europa

MICHAEL DAUDERSTÄDT

Die Einkommensungleichheit in Europa hat in den letzten Jahren innerhalb vieler Mitgliedstaaten sowohl zwischen den Haushalten als auch zwischen den Regionen zugenommen. Allerdings hat das starke Wachstum der ärmeren Mitgliedstaaten seit etwa 1995 die Einkommensunterschiede zwischen den Staaten verringert. In der Krise hat sich dieser Konvergenzprozess deutlich abgeschwächt.

Die Ungleichheit ist eine wichtige Krisenursache. Arme Haushalte und Staaten verschuldeten sich, während reiche Haushalte und exportstarke Länder Vermögen aufbauten, deren Gegenwert diese Schulden waren. Bei hohem Wachstum war dieses Ungleichgewicht noch relativ stabil. Im Zuge der Finanzkrise brachen aber sowohl das Wachstum als auch das Vertrauen der Finanzakteure zusammen.

Eine Lösung der Krise erfordert eine Rückkehr zum Wachstum, das sich vor allem aus einer steigenden Nachfrage seitens der Gläubiger entwickeln muss.

Der folgende Aufsatz analysiert das Verhältnis von Ungleichheit und Krise in Europa. Abschnitt 1 beschreibt den Stand und die Entwicklung der Ungleichheit in ihren verschiedenen Dimensionen: innerhalb von Mitgliedstaaten, zwischen Mitgliedstaaten, und in der Europäischen Union insgesamt. Abschnitt 2 zeigt, wie die Ungleichheit die Bedingungen für die Krise produzierte und wie sich die Krise auf die Ungleichheit in der EU auswirkte. Im dritten Abschnitt werden Wege aus der Krise diskutiert.

1. Europa: Dimensionen der Ungleichheit

Die Ungleichheit in Europa hat viele Dimensionen und eine lange Geschichte. In diesem Beitrag geht es vor allem um die Ungleichheit der Einkommen. Aber selbst bei dieser Einschränkung ist Vorsicht angezeigt, denn Einkommen und Wohlstand sowie ihre Entwicklung und Verteilung weisen besonders bei einer internationalen Betrachtung, wie der Entwicklung in Europa, viele Probleme und Fallstricke auf. Zu unterscheiden ist einmal zwischen den betrachteten Sachverhalten (Einkommen, Vermögen usw.) und den verglichenen Einheiten (Länder, Regionen, Haushalte, Produktionsfaktoren).

1.1 Indikatoren

Wichtigster Indikator in der vorliegenden Untersuchung ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Beim internationalen Vergleich müssen jedoch Wechselkurs- und Inflationseffekte berücksichtigt werden. Entsprechend ist beim Vergleich der Realeinkommen eine Aussage in Kaufkraftstärken (KKS) oft sinnvoller als ein Vergleich zu Wechselkursen. Das Prokopfeinkommen in KKS ist in ärmeren Ländern meist höher als das in Wechselkursen gemessene, da vieles dort billiger ist. Vor allem Mieten und Dienstleistungen (wegen der geringeren Löhne) kosten in ärmeren Ländern weniger, während sich die Preise von handelbaren Gütern nicht so stark unterscheiden. Im Zuge eines Aufholprozesses, wenn sich der Entwicklungsstand eines ärmeren Landes dem der reicheren annähert, tritt in

der Regel eine reale Aufwertung ein, meist in einer Kombination von nomineller Aufwertung der Währung und einer höheren Inflationsrate, die dann den Unterschied zwischen Kaufkraft und Wechselkurs tendenziell abbaut.

Das BIP pro Kopf gibt aber nur einen Teil der Wirklichkeit wieder. Es vernachlässigt nichtmarktbezogene Nutzen und Kosten (Freizeit, Umwelt, Hausarbeit, informeller Sektor). So sind etwa die großen Abstände zwischen dem deutschen (europäischen) und dem US-amerikanischen BIP pro Kopf zum großen Teil auf einen höheren Arbeitsinput pro Kopf (in Stunden) zurückzuführen. Die Wertschöpfung pro Stunde (Stundenproduktivität) korrigiert diese Verzerrung und ist deshalb ein besserer Indikator für wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Sie unterscheidet sich nur wenig zwischen USA und Deutschland bzw. anderen europäischen Ländern wie Frankreich.

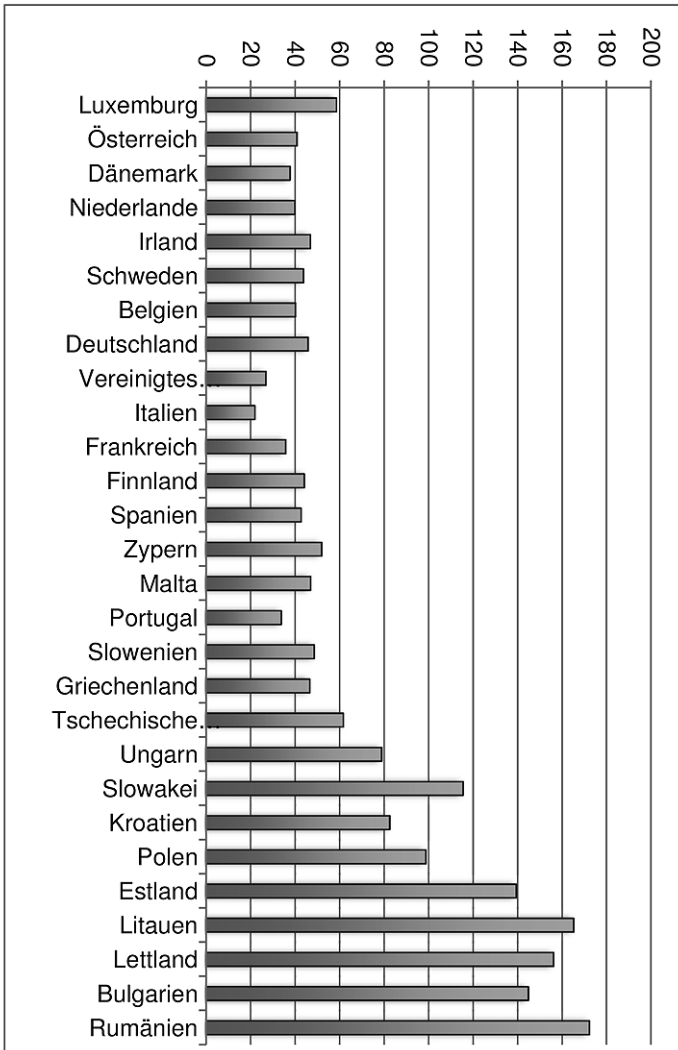
Der andere Mangel des BIP pro Kopf ist die Vernachlässigung der Verteilung, die man mit Indikatoren der Ungleichheit wie dem Gini-Koeffizienten oder dem Quintilverhältnis (S80/20) oder der Lohnquote für die funktionelle Verteilung erfassen kann, um ein vollständigeres Bild zu erhalten. Der Gini-Koeffizient ist ein Wert zwischen 0 und 1 (manchmal auch auf 0 und 100 normiert), bei dem 0 die völlige Gleichverteilung und 1 (bzw. 100) eine Zustand beschreibt, bei dem eine Person das gesamte Einkommen der ganzen Bevölkerung bekommt und alle anderen nichts. Das Quintilverhältnis ist das Verhältnis des Einkommens des reichsten Fünftel zu dem des ärmsten Fünftels. Unabhängig von der Ungleichheit kann die Armutquote betrachtet werden, die den Prozentsatz der Bevölkerung angibt, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) verdienen. Um die Wirkungen staatlicher Umverteilung zu berücksichtigen, ist nicht nur die Verteilung der Markteinkommen, sondern auch die der verfügbaren Einkommen (nach Steuern und Transfers) sowie die Sozialleistungsquote zu berücksichtigen.

1.2 Entwicklung der Ungleichheit zwischen Ländern

Der Raum der heutigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) blickt auf eine wechselvolle Geschichte der Ungleichheit zurück. Die EU war bei ihrer Gründung als EWG der sechs noch recht homogen, wenn man von Süditalien absieht. Auch die erste Erweiterung brachte nur Irland als armes Land mit, das sich aber bis 1999 schon zum zweitreichsten EU-Land entwickelt hatte, auch wenn dieser spektakuläre Aufholprozess so richtig erst etwa 20 Jahre nach seinem Beitritt begann. Sein Prokopfeinkommen hat den EU-Durchschnitt inzwischen weit überschritten und liegt heute in der Spitzengruppe der EU. Erst die Süderweiterung (Griechenland 1981 und Spanien und Portugal 1986) brachte das Problem der regionalen Ungleichheit massiv auf die Tagesordnung. Während Griechenland in den ersten Jahren relativ zum EU-Durchschnitt zurückfiel, konnten Portugal und Spanien mit dem Beitritt aufholen. Mit der Erweiterung um die früheren EFTA-Staaten 1995 traten ohnehin nur drei relativ reiche Länder bei.

Die Ungleichheit wuchs dramatisch mit der Osterweiterung, vor allem mit der zweiten Runde 2007, als mit Bulgarien und Rumänien zwei größere und arme Länder beitraten, während sich Kroatien (Beitritt 2013) in punkto Prokopfeinkommen schon auf dem Niveau der Länder der ersten Osterweiterungsrunde bewegte. 2013 lag das durchschnittliche BIP pro Kopf der EU-28 bei 23 200 Euro (im Euroraum bei 25 400 Euro). Aber im ärmsten Mitgliedstaat der EU, Bulgarien, betrug das Prokopfeinkommen nur 3800 Euro

Abbildung 1: Wachstumsraten zwischen 1999 und 2012 des nominalen Prokopfeinkommens in Prozent
 Quelle: Eurostat, Berechnungen des Autors



pro Jahr, im reichsten (Luxemburg) 62 400 Euro, also mehr als sechzehnmal so viel. Die meisten neuen Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa (MOE) haben Einkommen von unter 10 000 Euro, die Mittelmeerperipherie zwischen 14 000 Euro und 20 000 Euro, die skandinavischen Länder, UK, Irland, Deutschland, Österreich und die Niederlande über 30 000 Euro.

Die Ungleichheit fällt geringer aus, wenn man die Einkommen nicht in einer gemeinsamen Währung, sondern in Kaufkraftstärken (KKS) vergleicht. Die Kaufkraft eines Euro ist in allen armen Ländern deutlich höher als in den reichen EU-Ländern bzw. im EU-Durchschnitt. Dieser Kaufkraftvergleich ist unter dem Gesichtspunkt der Angleichung der Lebensverhältnisse von besonderem Interesse. Misst man das Prokopfeinkommen in Kaufkraftstärken, so verringern sich die Unterschiede. Für Bulgarien bedeutet dies bspw.,

dass das Einkommen auf 12000 Euro steigt. Das Einkommensverhältnis zwischen Bulgarien und Luxemburg «verbessert» sich dann auf das gut fünffache.

Aber diese erheblichen Unterschiede verändern sich stark, da einige Länder schneller wachsen als andere. Wie Abbildung 1 zeigt, unterschieden sich die Wachstumsraten in den letzten Jahren sehr. Auffällig ist dabei, dass tendenziell das Wachstum der ärmeren Länder am stärksten war, was für eine Betakonvergenz¹ innerhalb der EU spricht.

Zur Analyse der Krise (vgl. unten Abschnitt 2) betrachten wir in Tabelle 1 die Entwicklung der Prokopfeinkommen der 28 derzeitigen Mitgliedstaaten seit 1999, wobei wir drei Ländergruppen und, neben den Wachstumsprozessen über den gesamten Zeitraum 1999–2012, auch die beiden Phasen 1999–2007 und 2007–2012 unterscheiden, da die Finanzmarktkrise und die große Rezession zu jeweils sehr unterschiedlichen Entwicklungen geführt haben:

Reicher Nordwesten: Die zwölf 1999 schon reichen Länder (mit einem Prokopfeinkommen von über 20000 Euro im Jahr 1999), wozu neben den Gründungsmitgliedern der EU/EWG die Länder der Erweiterung von 1972 (Dänemark, Irland, UK) und 1995 (Österreich, Schweden, Finnland) zählen.

Ärmere Südperipherie: Die drei Länder der Süderweiterung (mit einem Prokopfeinkommen von über 13000 Euro im Jahr 1999).

Armer Osten: Die dreizehn Länder der drei letzten Erweiterungen (Länder mit einem Prokopfeinkommen von unter 13000 Euro im Jahr 1999), die bis auf Zypern und Malta alle in Mittel- und Osteuropa (MOE) liegen. Dabei sind Zypern und Slowenien vom Einkommen her Grenzfälle, die auch in die zweite Gruppe fallen könnten.

Tabelle 1: Entwicklung der Prokopfeinkommen in Euro (KKS) 1999-2012

	Niveau			Veränderung		
	1999	2007	2012	99-12	99-07	07-12
Reicher Nord-Westen	23642	33325	33483	41,6%	41,0%	0,5%
Ärmere Süd-Peripherie	14900	22733	21000	40,9%	52,6%	-7,6%
Armes MOE+	9515	16485	18023	89,4%	73,2%	9,3%
Max-Min Absolut	37600	58400	55100	46,5%	55,3%	-5,7%
(Max-Min)/Min	8	5,8	4,6	-42,6%	-27,0%	-21,4%
Max/Min	9	6,8	5,6	-37,9	-24,0	-18,3

Quellen: Eurostat; eigene Berechnungen

Insgesamt hat die Ungleichheit zwischen Ländern in der EU von 1998 bis 2012 eher abgenommen, auch wenn keine klare Sigmakonvergenz (FN 2) festzustellen ist (vgl. auch ausführlich Dauderstädt 2014).

1.3 Ungleichheit innerhalb von Ländern

Die Einkommensverteilung innerhalb von Ländern kann unter verschiedenen Gesichtspunkten und mit unterschiedlichen Indikatoren beschrieben werden:

- die Lohnquote;
- regionale Disparitäten (Streuung);
- der Gini-Koeffizient, der klassische Indikator der Einkommensverteilung, der sich zwischen 0 bei Gleichverteilung und 100 bei totaler Ungleichheit bewegt und

– das S80/S20-Verhältnis des reichsten zum ärmsten Einkommensquintil (keine Daten vor 2005 für EU-27/28).

Tabelle 3 zeigt eine Zunahme der innerstaatlichen Ungleichheit. Der Wiederanstieg der Lohnquote 2009 ist wohl eine Folge der Krise, die in einigen Ländern (z. B. Deutschland) die Profite bei relativ stabilen Löhnen fallen ließ. Im Durchschnitt aller Mitgliedstaaten veränderten sich der Gini und das Quintilverhältnis wenig. Die Streuung zwischen den Mitgliedstaaten ging zurück. Die Werte für das S80/S20-Verhältnis reichten 2012 von unter vier für Schweden, Finnland, Niederlande, aber auch Slowenien, Slowakei oder Tschechien auf über sechs in Bulgarien, Rumänien, Lettland und Spanien, das mit einer Quote von 7,2 die höchste Ungleichheit in der EU aufweist. Noch 2003 hatte die S80/S20-Quote in Spanien bei 5,1 gelegen. Im Durchschnitt der EU-15 stieg der Wert von 4,5 im Jahr 2000 auf 5,1 2012.

Zwischen den Regionen Europas sind die Unterschiede noch stärker als zwischen den durchschnittlichen Prokopfeinkommen der Mitgliedstaaten (vorheriger Abschnitt 1.2). Die reichste Region (auf NUTS-2-Ebene²) ist die Londoner City mit einem Prokopfeinkommen (in KKS) von über 80 000 Euro gegenüber 7200 in der rumänischen Grenzregion Nord-Ost. Das liegt daran, dass die regionalen Einkommensunterschiede innerhalb der Mitgliedstaaten hoch und oft zunehmend sind, da sich wirtschaftliche Aktivitäten in Wachstumspolen, oft in der Hauptstadt, konzentrieren. In Großbritannien etwa liegt das Verhältnis zwischen der ärmsten (Wales) und der reichsten Region mit etwa 1:5 ähnlich auseinander wie in der EU insgesamt.

Für die EU als Ganze nahm die regionale Ungleichheit nach einer zwischenzeitlichen Abnahme in der Rezession zu. In den einzelnen Mitgliedstaaten war die Zunahme der regionalen Ungleichheit noch viel stärker ausgeprägt. In den 22 Ländern der EU-28, die noch in NUTS2-Regionen unterteilt sind (alle außer den sechs Kleinstaaten Luxemburg, Malta, Zypern, Estland, Lettland, Litauen) stieg die Streuung (Standardabweichung) zwischen 2000 und 2011 durchschnittlich um 106%, wobei die regionale Ungleichheit in den neuen Mitgliedstaaten in MOE besonders stark gestiegen ist (Spitzenreiter ist Rumänien mit über 300%).

Die innerstaatliche Ungleichheit – gemessen an der Lohnquote, am Gini-Koeffizienten oder am Verhältnis zwischen dem Einkommen des reichsten und ärmsten Quintils (S80/S20-Quote) – hat sich in den einzelnen Mitgliedstaaten zwar unterschiedlich entwickelt, ist aber im EU-Durchschnitt relativ stabil geblieben (vgl. Tabelle 2). Die Streuung hat nur leicht abgenommen, wenn man den Gini betrachtet. Die Streuung der regionalen Einkommen nahm – mit Ausnahme eines zeitweiligen Rückgangs während der großen Rezession von 2009 – zu.

Tabelle 2: Entwicklung der Verteilungsindikatoren

		1999/2000	2005	2007	2009	2012
Mittelwert	Lohnquote	63	61,5	61	63,5	
	Gini		30,6	30,6	30,5	30,6
	S80/S20		5	5	5	5,1
Streuung (Standardabweichung)	Lohnquote	5,9/7,2	6,1	5,8	6,2	
	Regional	10462 €	11525€	12452€	11335€	12440€
	Gini		4,3	4,2	3,9	3,6
	S80/S20		1,2	1,2	1,1	1,1

Quellen: Lohnquote: AMECO; Gini und S80/S20: Eurostat; eigene Berechnungen

Die Armutsquote wird in der EU definiert als Anteil der Bevölkerung, die über weniger als 60% des mittleren Einkommens (Median) verfügen. Wie in Tabelle 3 ersichtlich, gibt es eine hohe Streuung der Armutsquoten in der EU. Während in reichen Ländern die Quote meist unter 20% liegt, steigt sie in Bulgarien und Rumänien auf über 40%. Die Streuung ging seit 2005 zurück, wobei das Sinken des Verhältnisses der höchsten zur niedrigsten Quote vor allem auf den relativ starken Rückgang der Armutsquote in Bulgarien von über 60% auf unter 50% zurückzuführen ist.

Tabelle 3: Entwicklung der Armutsquote 2005-2012

Jahr	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Minimum	14,4	16,0	13,9	14,9	14,0	14,4	15,3	15,0
Maximum	61,0	61,3	60,7	44,8	46,2	49,2	49,1	49,3
Max/Min	4,2	3,8	4,4	3,0	3,3	3,4	3,2	3,3
Streuung	11,5	10,9	10,2	7,9	8,2	8,6	8,5	8,5

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen

Die Armutsquoten korrelieren eng mit den Ausgaben für Sozialschutz. Bulgarien und Rumänien gehören auch zu den Mitgliedstaaten mit dem geringsten Anteil der Sozialausgaben am BIP (deutlich unter 20%), während reichere Länder um die 30% des BIP für Sozialschutz ausgeben. Allerdings ist auch dieser Indikator mit Vorsicht zu betrachten. Ein niedrigerer Anteil kann auch von geringeren sozialen Bedarfslagen (niedrigere Arbeitslosigkeit oder günstigere demographische Struktur der Bevölkerung) herrühren. So ist 2009 in der großen Rezession die Sozialschutzquote, also der Anteil der Sozialausgaben am BIP, stark gestiegen, um anschließend wieder zu fallen.

Eine Konvergenz der Sozialschutzquoten in der EU ist – vielleicht auch wegen des Einflusses der Krise – nicht zu beobachten (vgl. Tabelle 4). Rumänien, mit der niedrigsten Quote, und die anderen neuen Mitgliedstaaten holen etwas auf, überschreiten die 20%-Marke aber nur selten und wenig (Ausnahme: Slowenien). Andererseits steigt in einigen Wohlfahrtsstaaten (zum Beispiel in Skandinavien) die hohe Quote weiter an. Auffällig ist der starke Anstieg in den Austeritätsländern Griechenland, Spanien, Portugal und Irland (dort hat sich die Quote zwischen 2000 und 2011 mehr als verdoppelt!).

Tabelle 4: Entwicklung der Sozialschutzquote 2000-2011

Jahr	2000	2002	2004	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Streuung	5,5	5,8	6,1	6,0	5,9	5,6	5,7	5,6	6,0
Minimum	13,0	12,7	12,8	12,1	11,3	12,7	16,9	17,6	15,1
Maximum	29,9	31,3	31,6	31,2	30,9	31,3	34,7	34,3	34,2
Max/Min	2,3	2,5	2,5	2,6	2,7	2,5	2,1	1,9	2,3

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen

Die Höhe der Sozialausgaben und das System von Steuern und Abgaben, das diese Ausgaben finanziert, verändern die Einkommensverteilung. Die folgende Tabelle 5 zeigt auf der Basis von OECD-Daten die Einkommensverteilung – gemessen mit dem Gini-Koeffizienten – vor und nach der Umverteilung durch Steuern und Transfers. Die Länder sind gemäß der Stärke der Ungleichheit nach der Umverteilung aufsteigend angeordnet. Die Verteilung der Markteinkommen (vor der Umverteilung) ist deutlich ungleicher als die Verteilung der verfügbaren Einkommen (nach der Umverteilung). Diese

Verbesserung des Gini-Koeffizienten fällt in fast allen EU-Mitgliedstaaten höher als im OECD-Durchschnitt aus, was für einen höheren Grad an Umverteilung in der EU spricht. Allerdings sind einige Mitgliedstaaten weniger redistributiv als andere, wie die letzte Spalte deutlich macht, die die Differenz der beiden Gini-Koeffizienten angibt. Dazu zählen auch die Länder der südlichen Peripherie (Spanien, Portugal, Italien; für Griechenland fehlen Daten).

Tabelle 5: Veränderung der Einkommensverteilung durch Umverteilung

	Gini Verfügbares Einkommen	Gini Markteinkommen	Differenz
Slowenien	0,2296	0,3723	0,14
Dänemark	0,2433	0,3744	0,13
Tschechien	0,2532	0,3804	0,13
Slowakei	0,2534	0,3628	0,11
Belgien	0,2563	0,4081	0,15
Finnland	0,2584	0,4031	0,14
Schweden	0,2588	0,3680	0,11
Österreich	0,2607	0,4062	0,15
Ungarn	0,2791		
Irland	0,2892		
Luxemburg	0,2915	0,4363	0,14
Frankreich	0,2920	0,4310	0,14
Niederlande	0,2972	0,3908	0,09
Deutschland	0,3000	0,4197	0,12
Estland	0,3056	0,3889	0,08
Griechenland	0,3067		
Polen	0,3097	0,4348	0,13
Spanien	0,3130	0,4052	0,09
Italien	0,3342	0,4647	0,13
UK	0,3446	0,4559	0,11
Portugal	0,3467	0,4581	0,11
OECD-29	0,3041	0,4073	0,10

Quelle: OECD (2011)

Innerhalb der Mitgliedstaaten hat in den letzten zwanzig Jahren die Ungleichheit meist zugenommen. Am stärksten war dies in den neuen Mitgliedstaaten zu beobachten, die vor der Wende ausgeglichene Einkommensverteilungen aufwiesen, die im Zuge der Transformation zur Marktwirtschaft deutlich ungleicher wurden. Trotzdem gehören einige MOE-Länder auch heute noch zu den Gesellschaften mit der geringsten Ungleichheit. Manchen Ländern gelang es später, diesen Prozess zu bremsen und leicht umzukehren. Dabei ist die Ungleichheit, wenn man die Markteinkommen betrachtet, noch viel höher, denn in allen EU-Ländern verteilen das Steuersystem und der Wohlfahrtsstaat die Einkommen so um, dass die Ungleichheit bei den verfügbaren Einkommen viel niedriger liegt. Wichtigster Umverteilungsmechanismus ist das Rentensystem, weswegen das Ausmaß der Umverteilung in Ländern mit kapitalgedeckter Rente (die Rente zählt dann als Markteinkommen) niedriger ist (z. B. Niederlande).

Tabelle 6a: Die ärmsten (hellgrau) und reichsten (dunkelgrau) Quintile der EU (in €)

Mitgliedstaat	Q1	Q2	Q3	Q4	Q5
Bulgarien	1.081	2.065	2.864	3.769	6.598
Rumänien	755	1.507	2.132	2.910	4.763
Lettland	1.790	3.210	4.426	6.178	11.571
Litauen	1.904	3.220	4.373	6.037	10.055
Polen	2.341	3.846	5.090	6.716	11.514
Estland	2.612	4.431	6.022	8.396	14.127
Ungarn	2.434	3.769	4.758	5.963	9.629
Slowakei	3.507	5.497	6.949	8.751	13.071
Tschechische Republik	4.440	6.457	7.814	9.631	15.479
Portugal	3.714	6.290	8.338	11.207	21.691
Griechenland	3.255	6.617	9.421	12.506	21.566
Malta	5.822	8.690	11.390	14.529	22.946
Spanien	3.958	8.531	11.992	16.610	28.290
Slowenien	6.330	9.744	12.124	14.898	21.757
Italien	6.491	11.893	16.061	20.930	35.640
Zypern	8.610	13.084	16.933	22.282	40.161
Deutschland	9.449	15.122	19.624	25.263	40.636
Frankreich	10.661	16.312	20.671	26.489	48.358
Belgien	9.791	15.328	20.094	25.470	38.348
Vereinigtes Königreich	8.584	14.465	19.063	25.341	45.988
Österreich	10.628	17.252	21.904	27.742	44.563
Finnland	12.124	17.907	22.712	28.353	44.632
Niederlande	11.221	16.743	20.602	25.730	40.453
Schweden	12.009	19.505	24.728	30.420	44.621
Irland	9.633	14.916	19.893	27.511	50.416
Dänemark	11.601	21.000	26.612	32.946	52.142
Luxemburg	16.500	24.948	32.665	42.567	67.837

Quelle: Eurostat; eigene Berechnungen (Q2 Griechenland und Q4 Belgien zählen nur partiell zum jeweiligen EU-Quintil)

1.4 Die Entwicklung der Ungleichheit in der EU

Für die EU als Ganze sagen die bisher vorgelegten Befunde zur Ungleichheit nur wenig aus. Denn für die Einkommensverteilung im gesamten europäischen Wirtschaftsraum ist die innerstaatliche Verteilung relativ unbedeutend. Ihre Entwicklung wird dominiert von den Einkommensunterschieden zwischen den Ländern und deren Entwicklung durch unterschiedlich hohe Wachstumsraten der jeweiligen Volkswirtschaften (vgl. oben Abschnitt 1.2).

Um ein Bild von der tatsächlichen Ungleichheit in der EU zu bekommen, muss man die Entwicklung der zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Einkommensverteilung

Tabelle 6b: Die ärmsten (hellgrau) und reichsten (dunkelgrau) Quintile der EU (in KKS)

Mitgliedstaat	Q1	Q2	Q3	Q4	Q5
Bulgarien	2.237	4.276	5.929	7.803	13.661
Rumänien	1.362	2.719	3.849	5.252	8.597
Lettland	2.500	4.483	6.181	8.628	16.161
Litauen	2.980	5.040	6.843	9.447	15.736
Polen	4.129	6.784	8.977	11.845	20.306
Estland	3.397	5.762	7.832	10.918	18.370
Ungarn	4.037	6.250	7.890	9.889	15.968
Slowakei	4.981	7.808	9.871	12.430	18.567
Tschechische Republik	6.150	8.944	10.823	13.339	21.439
Portugal	4.324	7.322	9.707	13.047	25.252
Griechenland	3.534	7.185	10.229	13.579	23.416
Malta	7.484	11.170	14.641	18.675	29.494
Spanien	4.171	8.989	12.636	17.503	29.810
Slowenien	7.635	11.754	14.624	17.971	26.245
Italien	6.333	11.603	15.669	20.420	34.771
Zypern	9.852	14.970	19.375	25.494	45.950
Deutschland	9.346	14.957	19.410	24.988	40.194
Frankreich	9.862	15.090	19.123	24.504	44.734
Belgien	9.015	14.114	18.503	23.453	35.311
Vereinigtes Königreich	7.369	12.417	16.363	21.752	39.474
Österreich	10.074	16.353	20.762	26.295	42.240
Finnland	9.962	14.714	18.662	23.297	36.674
Niederlande	10.428	15.560	19.147	23.913	37.596
Schweden	9.338	15.168	19.228	23.655	34.697
Irland	9.633	14.916	19.893	27.511	50.416
Dänemark	8.257	14.947	18.941	23.449	37.112
Luxemburg	13.513	20.433	26.753	34.862	55.558

Quelle: Eurostat; eigene Berechnungen (Q5 Rumänien und Q4 Frankreich zählen nur partiell zum jeweiligen EU-Quintil)

miteinander verbinden. Dazu bietet sich das Quintilverhältnis ($S80/S20$) an, da Eurostat, das statistische Amt der EU, für jedes Bevölkerungsquintil jedes Mitgliedstaats das Pro-Kopf-Einkommen in Euro und KKS erfasst. Allerdings ist der Durchschnittswert, den die EU für die EU-28 mit 5,1 (2012; siehe Tabelle 3) angibt, methodisch falsch berechnet und unterschätzt die wirkliche Ungleichheit in der EU massiv. Eurostat berechnet nämlich dieses Quintilverhältnis als mit der Bevölkerung gewichteten Durchschnitt aller nationalen $S80/S20$ -Werte. Dieser Ansatz unterstellt, dass das reichste (bzw. ärmste) Quintil der EU (etwa 100 Millionen Menschen) aus den reichsten (bzw. ärmsten) Quintilen aller Mitgliedstaaten besteht. Tatsächlich leben aber die ärmsten 100 Millionen ganz überwiegend in MOE, vor allem in Rumänien und Bulgarien, wo nicht nur ein Fünftel sondern

eher vier Fünftel der Bevölkerung zum ärmsten EU-Quintil zählen (siehe Tabellen 6a und 6b).

Die Tabellen 6a und 6b zeigen die Kombination von Ungleichheit innerhalb von Ländern und zwischen Ländern. In den Zeilen sieht man die nationalen Quintilverhältnisse, wenn man das Einkommen im reichsten Quintil (Q5) durch das im ärmsten (Q1) teilt. Die Spanne zwischen dem reichsten und ärmsten Quintil in der gesamten EU ist dramatisch. In Wechselkursen ist das Verhältnis des rumänischen Q1 zum Luxemburger Q5 755 Euro zu 67 837 Euro und damit das fast das Neunzigfache und in Kaufkraftstärken noch gut das Vierzigfache! Dabei vernachlässigt diese Schätzung noch die Verteilung innerhalb der Quintile.

Korrigiert man diesen Ansatz, indem man die nationalen Quintile nach dem Prokopfeinkommen ordnet und dann für das reichste EU-Quintil von oben und für das ärmste EU-Quintil von unten so viele nationale Quintile addiert (wie in den Tabellen 6a und 6b), bis man jeweils 100 Millionen Menschen beisammen hat, so erhält man realistischere und deutlich höhere Werte, wie in Abbildung 2 ersichtlich. Auch hier liegen die Werte, die in Kaufkraftstärken gemessen sind, unter denen in Euro (zu Wechselkursen) geschätzten Werten. Für die EU-27 betrug der Wert 2012 9,4 und 6,4 in Kaufkraftstärken. Für andere große Länder liegen die entsprechenden Werte bei 4,9 für Indien, 7,3 für Russland, 8,4 für die USA und 9,6 für China. Zumindest zu Wechselkursen ist der Wirtschaftsraum der EU von höheren Einkommensdisparitäten gekennzeichnet als vergleichbare Volkswirtschaften. Im Zeitverlauf zeigt sich eine starke Abnahme der Ungleichheit bis 2009, die dann nach einem kurzen Wiederanstieg in der Rezession in eine stagnierende Entwicklung mündet (siehe Abbildung 2).

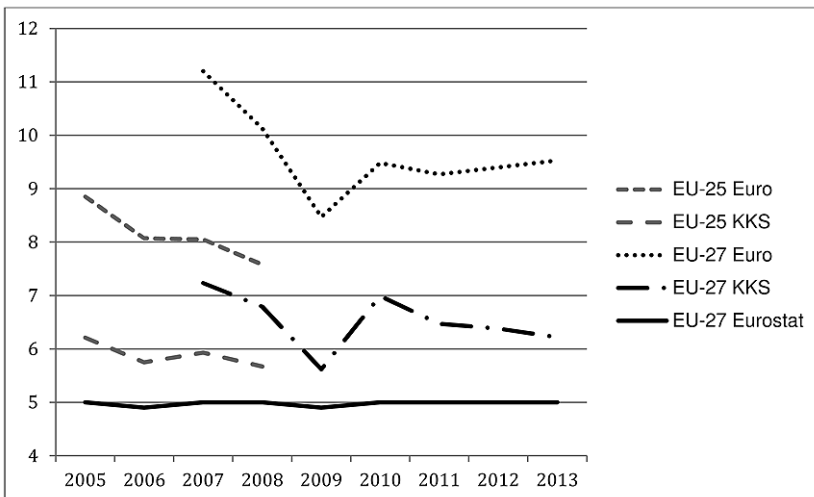


Abbildung 2: Entwicklung der Ungleichheit in der EU.
Die y-Achse zeigt die Werte des S80/S20-Verhältnisses.
Quelle: Daurerstäd/Keltek 2015

Statt EU-weit Personen oder Haushalte bzw. Gruppen davon wie etwa Quintile zu vergleichen, kann man auch Regionen betrachten. Allerdings sind die Einkommensunter-

schiede innerhalb von Regionen in der Regel höher als innerhalb von Einkommensquintilen, in denen ja per definitionem ähnliche Personen oder Haushalte innerhalb bestimmter Einkommensgrenzen zusammengefasst werden. Um die Anzahl der Regionen überschaubar zu halten, beschränken wir uns hier auf die NUTS2-Regionen der EU. Wie oben schon erwähnt, hat die Streuung der regionalen Durchschnitts-Prokopfeinkommen zwischen 2000 und 2012 zugenommen (vgl. Abbildung 3). Nur in den Jahren 2008/2009 ging die Streuung im Zuge der Krise zurück.

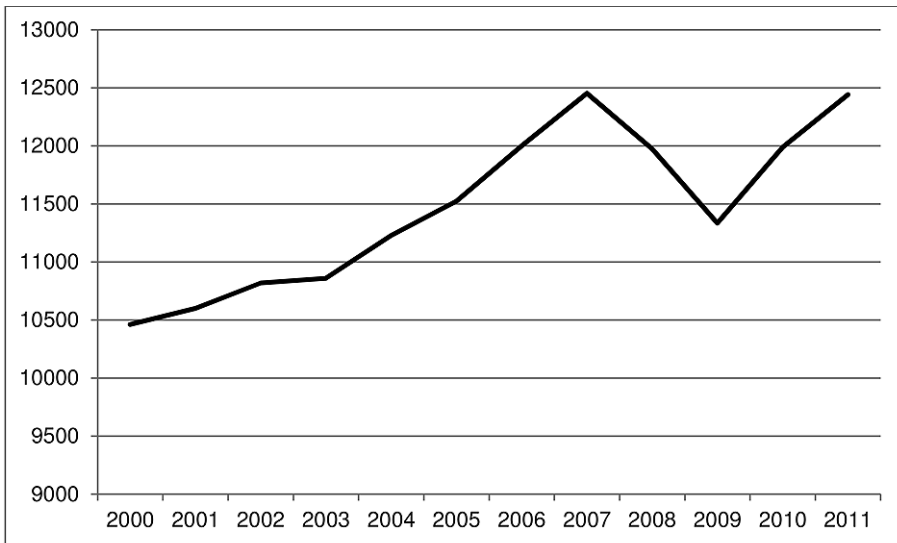


Abbildung 3: Entwicklung der Streuung (Standardabweichung) der regionalen Prokopfeinkommen (in €)
Quelle: Eurostat; eigene Berechnungen

Man kann auch das ärmste und reichste Quintil über Regionen konstruieren, indem man die NUTS-2-Gebiete nach ihrem Prokopfeinkommen sortiert und wiederum jeweils so viele der ärmsten und reichsten Regionen zusammenfasst, bis man etwa 100 Millionen Einwohner erhält. Dann ergibt sich ein regionales S80/S20-Verhältnis von knapp 4 im Jahr 2000 und 2,8 2011. Auch hier hat das aufholende Wachstum in MOE dazu geführt, dass die Ungleichheit abgenommen hat. Trotzdem hat die regionale Ungleichheit insgesamt zugenommen, da – im Gegensatz zur Quintilbetrachtung – die Ungleichheit zwischen Regionen innerhalb von Ländern stärker zugenommen hat als die Ungleichheit zwischen den nationalen Durchschnitten abnahm.

2. Ungleichheit und Krise

Schon in der bisherigen Darstellung der Entwicklung der Ungleichheit wurde deutlich, dass ihr Niveau und ihre Entwicklung eng mit den Krisen Europas verknüpft sind. Dabei kann man vier miteinander verbundene Krisen unterscheiden:

– Die erste Krise ist die Finanzmarktkrise von 2007/2008, die mit der Lehmann-Pleite

im September 2008 zu einem Kollaps des globalen Finanzsystems führte, dessen totale Implosion nur durch massive Rettungsaktionen der betroffenen Staaten vermieden werden konnte.

- 2009 folgte die dadurch ausgelöste große Rezession mit Einbrüchen beim Wachstum von durchschnittlich fünf Prozent in der EU, die fast überall dank umfangreicher weltweiter Konjunkturprogramme rasch überwunden wurde.
- In der Eurozone folgte eine dritte Krise, die Staatsschuldenpanik. Ausgelöst durch überraschend schlechte Haushaltsdaten in Griechenland kam es durch die EU-Politik (kein lender of last resort, keine Solidarität) zur Ansteckung weiterer Euroländer wie Irland, Portugal und Spanien. Diese GIPS-Länder erhielten, wenn auch zögerlich und mit hohen Sparauflagen, europäische Finanzhilfen.
- Die Verteufelung der Schuldner, die kontraproduktive Austerität und die verspätete Intervention der Europäischen Zentralbank stürzten die Eurozone in eine weitere Krise, die nun in eine längere Stagnationsphase zu münden droht.

Wie hängen Krise und Ungleichheit zusammen? Was waren die Treibmittel des Wachstums und die Ursachen der Krise?

2.1 Ungleichheit als Krisenursache?

Die Finanzmarktkrise ging vom US-amerikanischen Hypothekenmarkt aus. Einige Ökonomen (Rajan 2010) bringen sie mit der hohen und steigenden Ungleichheit in den USA in Verbindung. Kredite an arme Haushalte ersetzen eine gleichmäßigere Verteilung der Einkommen und erlaubten eine höhere Nachfrage und Wachstum. Aber der Aufbau hoher Schulden und Vermögen war nicht auf die USA beschränkt, sondern ein weltweiter Prozess, der auch in Europa stattfand. Global und in Europa sind dabei – ähnlich wie bei der Analyse der Ungleichheit – zwei Komponenten zu unterscheiden: die Verschuldung von Ländern bei anderen Ländern und die Verschuldung innerhalb von Ländern. Die beiden Komponenten sind schwer voneinander zu trennen. Wenn Länder, also ganze Volkswirtschaften, Nettovermögens- oder Schuldenpositionen aufbauen, sind dafür bestimmte Sektoren (Privatsektor oder Staat; Haushalte oder Unternehmen) innerhalb der jeweiligen Volkswirtschaft verantwortlich.

Allgemein sparen die Haushalte, vor allem die reichen, während die nicht-finanziellen Unternehmen und der Staat sich verschulden. Im Konjunkturzyklus verändert sich das Verhalten der Unternehmen: sie investieren und verschulden sich im Aufschwung und sparen im Abschwung. Es ist eben dieses zyklische Verhalten der Unternehmen, das die Auf- und Abschwünge hervorbringt. Der Staat reagiert eher antizyklisch: seine Verschuldung steigt in der Krise (schon wegen der automatischen Stabilisatoren der Mindereinnahmen von Steuern und Mehrausgaben für soziale Transfers) und stabilisiert sich im Aufschwung. Diese Symmetrie von staatlicher und Unternehmensverschuldung wird in Abbildung 4 deutlich.

Man kann vermuten, dass eine höhere Ungleichheit zu höherer Ersparnis führt, da die Sparquoten der reichen Haushalte höher sind. Gleichzeitig dürfte der Finanzbedarf des Staates mit der Ungleichheit wachsen, da die ärmeren Teile der Bevölkerung stärker von staatlichen Transfers abhängen (Dauderstädt 2012).

Die zweite Dimension ist die Verteilung zwischen den Ländern. Hier haben einige Län-

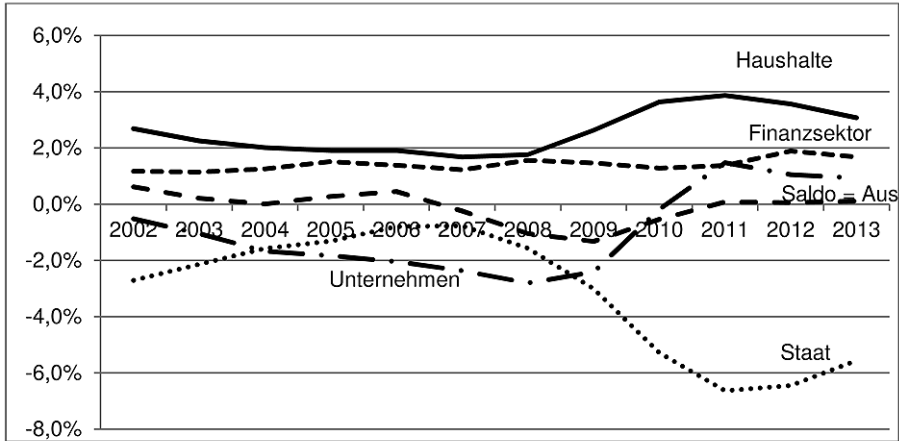


Abbildung 4: Sektorale Finanzierungssalden in der Eurozone (in Prozent des verfügbaren Einkommens)
Quelle: ECB; eigene Berechnungen

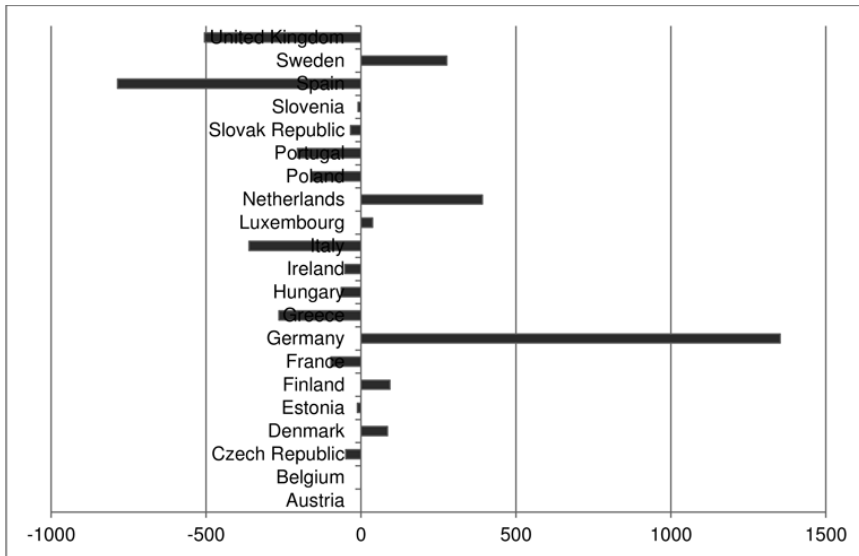


Abbildung 5: Von 2000-2010 akkumulierte Leistungsbilanzsalden (in Mrd. US\$)

der Europas, allen voran Deutschland (im kleineren Umfang die skandinavischen Länder und die Niederlande), hohe Überschüsse angehäuft (vgl. Abbildung 5). Diesen Überschüssen entsprechen Defizite in anderen Ländern, vor allem an der östlichen und südlichen Peripherie (besonders Spanien), in Großbritannien und in Frankreich. Dies bedeutet nicht, dass die bilateralen Handelsbilanzen zwischen den betroffenen Ländern die alleinige Ursache sind, da die Überschüsse auch aus Exporten in Drittländer (in Fall Deutschlands etwa in die USA und in Schwellenländer) und die Defizite auch aus außer-

europäischen Importen (vor allem Öl) herrühren. Aber die EU und die Eurozone insgesamt weisen langfristig eine eher ausgeglichene Außenbilanz auf. Daher kann man davon ausgehen, dass die Defizite der Schuldnerländer zum großen Teil aus den Ersparnissen der Überschussländer finanziert wurden.

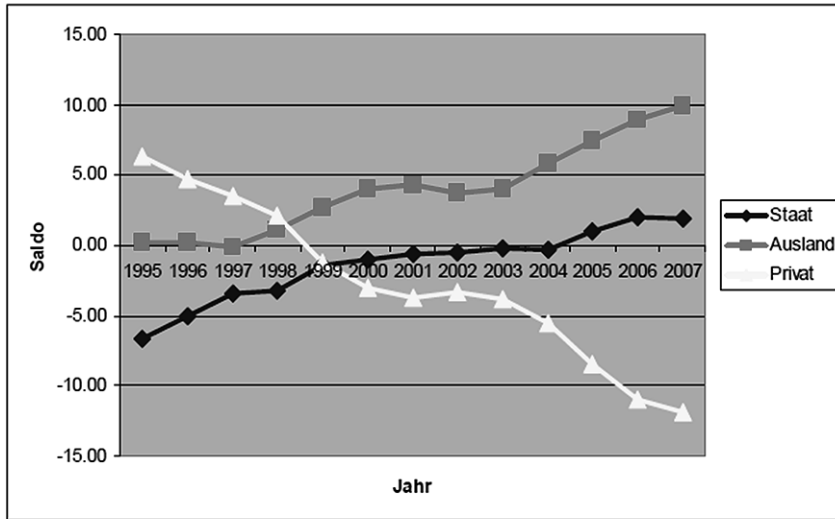


Abbildung 6a: Sektorbilanzen in Spanien 1995-2007 (in % des verfügbaren Einkommens)

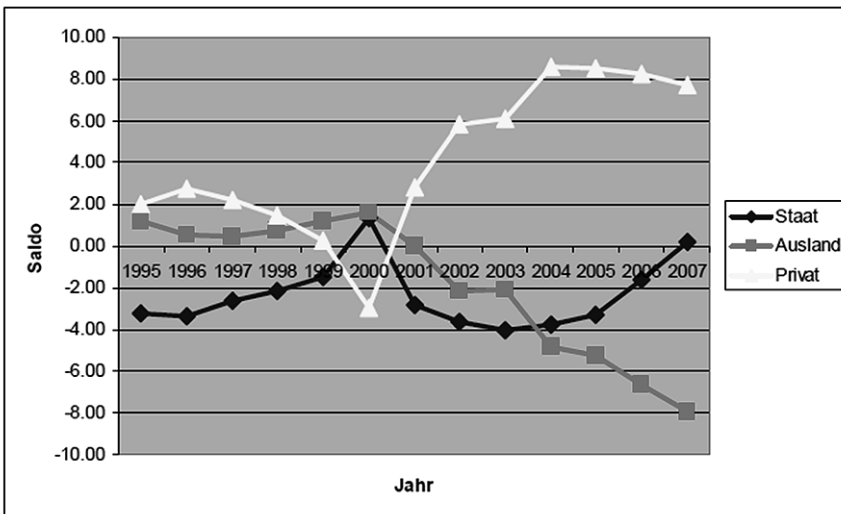


Abbildung 6b: Sektorbilanzen in Deutschlands 1995-2007 (in % des verfügbaren Einkommens)

An den beiden Exponenten Spanien und Deutschland kann man den Zusammenhang zwischen den innerstaatlichen Sektorbilanzen und den Außenbilanzen gut erkennen (vgl.

Abbildungen 6a und 6b). In Spanien verschuldete sich der Privatsektor im Zuge des Immobilienbooms so, dass das sich daraus ergebende Wachstum sogar Überschüsse im Staatshaushalt ermöglichte, die Masse der Finanzierung jedoch vom Ausland aufgebracht wurde (2007 vor der Krise sogar 10 % des Einkommens). Deutschlands Privatsektor war nur 2000 im Defizit (wegen des Ankaufs der UMTS-Lizenzen), sonst sparten die Haushalte mehr, als die Unternehmen absorbieren wollten (soweit sie nicht selbst Überschüsse erzielten). Da auch der deutsche Staat immer versuchte, seine Defizite abzubauen, ergab sich ein wachsender Außenüberschuss. Hinter der Saldenmechanik verbirgt sich eine zunehmende Ungleichheit in Deutschland: ein wachsender Niedriglohnsektor hielt die nominalen Lohnstückkosten deutlich unter der Ziellinie der Eurozone (2 % Inflation), erhöhte somit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und bremste die Binnen- nachfrage.

Die Kapitalzuflüsse in die Peripherie, die dort auch zu höheren Schuldenständen führten (weniger aber beim Staat als vielmehr im Privatsektor), brachen in der Finanzmarktkrise ein. Mit Staatsschulden hatte dies, außer in Griechenland, wenig zu tun. Hingegen gingen die Lohnanstiege über die Produktivität hinaus und schwächten die Wettbewerbsfähigkeit. Die Lohnstückkosten stiegen in der Peripherie stark, während sie im Überschussland Deutschland sanken, da die Löhne hinter der Produktivität zurückblieben. Insofern waren bestimmte Aspekte des Vorkrisenwachstumsmodells sicher korrekturbedürftig, aber ohne Finanzmarktkrise und Staatsschuldenpanik wäre diese Korrektur als *soft landing* ohne die dramatischen Verwerfungen, sozialen Kosten und Krise der europäischen Integration möglich gewesen. Mitverantwortlich dafür war die falsche Reaktion der EU (vor allem auf Drängen Deutschlands), die die Panik viel zu spät durch klare politische Ansagen, vor allem der Europäischen Zentralbank (EZB), beendete.

2.2 Die Folgen der Krise für die Einkommensverteilung

Bis zum Schock der Finanzkrise 2008 zeichnete sich auch die Eurozone durch ordentliches Wachstum aus. Da sie überwiegend aus reicheren Mitgliedstaaten besteht, war ihre durchschnittliche Wachstumsrate mit 24 % zwischen 1995 und 2008 niedriger als im EU-Durchschnitt (über 30 %), der durch das aufholende Wachstum in MOE hochgezogen wurde. Aber gerade auch viele ärmere westliche Euroländer wuchsen überdurchschnittlich schnell: Irland um 80 %, Griechenland um 49 %, Spanien um fast 35 %.

Die Finanzmarktkrise und die große Rezession trafen alle Länder heftig. Aber der Einbruch zwischen 2008 und 2009 (EU-weit: -5 %) fiel sehr unterschiedlich aus. Er war im Euroraum sogar schwächer (-4,5 %). Am schlimmsten waren die baltischen Länder betroffen, als die dort vom Ausland dominierten Banken den Kredithahn abdrehten. Ihre Volkswirtschaften schrumpften um etwa 15 %. Griechenland, Spanien und Portugal hatten Rückgänge von «nur» etwa 3 % zu verzeichnen. Irlands Volkswirtschaft, die eine dramatische Bankenkrise erlebte, brach um 7,4 % ein. Als einziges EU-Mitgliedsland konnte Polen die Krise relativ schadlos mit einem positiven Wachstum von 2,6 % überstehen.

Ein gänzlich anderes Bild bot sich dem Betrachter ab 2009. Der V-förmige Verlauf der Rezession führte dazu, dass zwischen 2009 und 2012 die Wirtschaft in der EU im Durchschnitt um 8,9 % wuchs. Sie erreichte das durchschnittliche Prokopfeinkommen von 2007 (23 800 Euro) jedoch nicht mehr. Dieses stieg bis 2011 nur auf 23 300 Euro, um an-

Tabelle 7: Wachstum, Krise und Erholung: Mitteleuropa und GIPS
(prozentuale Veränderung des nominalen Prokopfeinkommens in Euro)

	2000-2008	2008-2009	2009-2012
Lettland	191,7	-18,1	+ 26,7
Litauen	180,6	-16,8	+ 31,0
Estland	168,9	-14,0	+ 25,0
Polen	93,9	-14,7	+ 22,2
Rumänien	261,1	- 15,4	+ 12,7
Ungarn	114,3	-13,3	+ 7,7
Tschechien	138,7	-8,1	+ 7,4
Bulgarien	170,6	0	+ 17,4
Slowenien	70,4	-6,0	-0,6
Slowakei	190,2	-2,5	+ 13,8
GIPS:			
Griechenland	65,1	-1,4	-16,1
Irland	44,2	-10,7	-0,3
Portugal	29,6	-1,9	-1,9
Spanien	53,2	-4,6	-2,2
Neue Mitgliedstaaten (MOE)	158,0	-10,9	+16,3
12 Reichere Mitgliedstaaten	30,5	-6,4	+ 10,5
EU 27	31,6	-6,4	+ 8,9

Quelle: Eurostat; eigene Berechnungen

schließend zu stagnieren. Der Euroraum wuchs deutlich langsamer und sein Prokopfeinkommen blieb noch stärker hinter dem Niveau von 2007 zurück. Die baltischen Länder erholten sich rasch mit einem Wachstum von etwa 20% (womit aber das Prokopfeinkommen in Estland und Lettland real immer noch unter dem Niveau von 2007 blieb). Allgemein kehrte MOE wieder auf den Pfad aufholenden Wachstums zurück (vgl. Tabellen 1 und 7 sowie Abb.1). Die Verlierer waren die ärmeren Euroländer, die unter dem Diktat der Haushaltskonsolidierung standen. Griechenland schrumpfte um 16%, Zypern um 12%, Spanien um 2,2%, Portugal um 1,9%, Irland immer noch um 0,3%. Diese Verluste kamen zu den oben dargestellten, direkt rezessionsbedingten Einbrüchen im Jahr 2009 hinzu.

Wie entwickelte sich die Ungleichheit? Die Ungleichheit innerhalb der Mitgliedstaaten, gemessen am S80/S20-Verhältnis oder auch am Gini-Koeffizienten, hat sich im EU-Durchschnitt wenig verändert (vgl. Tabelle 2 oben). Die Lohnquote stieg 2009 an, da in der Rezession die Profite einbrachen, während die Löhne noch relativ stabil blieben. Dieses Phänomen ging aber im Aufschwung wieder rasch verloren. Hinter diesem wenig dramatischen europäischen Gesamtbild (Anstieg des S80/S20-Indikators von 5 auf 5,1, also um 2%) verbergen sich allerdings einige sehr beunruhigende Entwicklungen: In Griechenland, Spanien und Rumänien nahm die Ungleichheit zwischen 2007 und 2012 massiv zu: in Griechenland um 31%, in Spanien um 15%. Auch in Schweden, Dänemark, Großbritannien und Österreich lag der Anstieg über 10%. In Bulgarien, Rumänien, Deutschland und Portugal waren dagegen Rückgänge um etwa 10% zu beobachten. Die Spreizung der regionalen Einkommen nahm zwischen 2007 und 2009 ab (vgl. Tabelle 2), um anschließend wieder auf das Vorkrisenniveau anzusteigen. Aber auch diese Entwicklung war sehr uneinheitlich in den Mitgliedstaaten.

Für die EU insgesamt (Abb.2) wirkt sich diese uneinheitliche Entwicklung der inner- und zwischenstaatlichen Verteilung so aus, dass sich der bis 2009 vorherrschende Trend sinkender Ungleichheit (dank des aufholenden Wachstums der ärmeren Mitgliedstaaten)

kurzfristig umkehrt und anschließend nur noch deutlich abgeschwächt fortsetzt. Die Abschwächung 2009–2010 dürfte dadurch zu erklären sein, dass die Rezession die MOE-Länder härter traf als die reicheren Mitgliedstaaten (vgl. Tabelle 7). Die anschließende Seitwärtsbewegung dürfte aus dem erneuten, überdurchschnittlichen Wachstum der neuen Mitgliedstaaten bei gleichzeitiger Krise der Südpemrie zu resultieren.

3. Ausblick: Krise der Antikrisenpolitik

Europa hat die Krise noch nicht überwunden. Vor allem in der Eurozone ist das Wachstum schwach, die Arbeitslosigkeit fast überall hoch und es droht eine Deflation. Die wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen sind bescheiden: die Fiskalpolitik hat sich selbst entmachtet, die Geldpolitik ist weitgehend ausgereizt und die Bankenreform hat nicht die gewünschte Kreditexpansion bewirkt. Niedrige Zinsen haben die Vermögensmärkte aufgeblasen – ohne die erwarteten Folgen für Konsum oder Investitionen. Der schwache Euro hilft beim Export, der aber allein nicht die schwächelnde Binnennachfrage kompensieren kann.

Fast alle betroffenen Akteure in Politik und Wirtschaft sind sich einig, dass nur Wachstum aus der Krise führen kann. Zwar bezweifeln grüne und alternative Kreise dessen Sinn («De-growth»), aber meist geht es dann um ein anderes, umweltschonendes qualitatives Wachstum. Vom – wie auch immer gearteten – Wachstum erhofft man sich Beschäftigung und eine Entschärfung der Schuldenkrise. Das Wachstum könnte nachfrageseitig aus verstärkten Ausgaben des Staates, der Haushalte, der Unternehmen oder des Auslands resultieren. Der Staat scheidet wegen der Schuldenbremse formal aus und das Ausland dürfte angesichts der schwachen Weltkonjunktur nicht viel mehr beitragen, als es jetzt schon tut. Der Konsum der Haushalte hängt stark von der Einkommensverteilung ab und die Investitionen der Unternehmen wiederum von allen vorgenannten Nachfrage- und damit Absatzperspektiven.

Der Kern der Krise liegt aber in der ungeklärten Schuldensituation. Überschuldungen können nur auf vier Wegen abgebaut werden:

- Bankrott des Schuldners oder Schuldenschnitt mit dem Risiko von Banken Krisen;
- Ausgabenkürzungen der Schuldner (unter der kühnen Annahme, dass die Einnahmen nicht oder nur langsamer zurückgehen) mit dem Risiko der Deflation und Rezession, da sie zu Einnahmeausfällen bei den Empfängern der Ausgaben, im Idealfall bei den Gläubigern, führen;
- Ausgabensteigerungen der Gläubiger, die zu höheren Einnahmen der Schuldner führen mit dem Risiko der Inflation, wenn die Schuldner die Gläubigernachfrage nicht real erfüllen können, sondern mit Preissteigerungen reagieren;
- Inflation, die den realen Wert der Schulden und Schuldenstandsquoten verringert, auch wenn die Schulden nominal konstant bleiben.

Um die am wenigsten schmerzhafteste dritte Option umzusetzen, müssten vor dem Hintergrund der Vermögens- bzw. Finanzierungsentwicklung (vgl. oben Abb. 4 und 5) vor allem die Überschussektoren und -länder, die Vermögen aufgehäuft haben, vermehrt Ausgaben tätigen, die es den Schuldnern ermöglichen, höhere Einnahmen und Überschüsse zu erzielen. Daraus können dann auch Schulden getilgt und bedient werden.

Letztlich bestimmen die Gläubiger durch ihre Nachfrage die Rückzahlungsfähigkeit der Schuldner (wie Keynes schon 1919 am Fall der deutschen Reparationsschulden klar gemacht hat). Insbesondere Deutschland müsste mehr importieren, und vor allem sein Privatsektor sollte entsparen und mehr konsumieren und investieren. Die deutschen Sektorbilanzen müssten denen Spaniens vor 2007 gleichen (Abb. 6a und b).

Die Eurozone hat bisher vor allem auf die zweite Option (in Ausnahmefällen auf die erste) gesetzt – mit dem bekannten Ergebnis von Deflation und Rezession. Die 2015 letzte große Hoffnung ist ein großes Investitionspaket, das der dritten Option zuzurechnen wäre. Eine Investitionsstrategie muss klare Ziele haben, die einen klaren Investitionsbegriff voraussetzen. In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zählen als Investitionen alle langlebigen Güter, die in die Produktion eingehen. Ihr Wachstumseffekt ist aber nicht sicher, während umgekehrt etwa Bildungsausgaben nicht als Investition zählen, obwohl sie für das Wachstum wichtig sind. Für viele (Finanz)Investoren sind Investitionen Geldanlagen, die eine laufende Rendite und/oder Wertsteigerungen versprechen. Sie haben nicht unmittelbar Wachstumseffekte, wenn z. B. nur bestehende Vermögen gehandelt werden (Immobilien, Aktien, Gold, Rohstoffe). Umgekehrt erzielen öffentliche Investitionen (z. B. in die Infrastruktur) oft keine einzelwirtschaftliche Renditen, obwohl sie zum Wachstum beitragen.

Beim derzeit diskutierten, von der EU-Kommission unter Juncker vorgeschlagenen, Investitionspaket sind solche Fragen noch offen. Da die Staaten sich nicht weiter verschulden sollen, sollen es private Investoren bezahlen. Das passt eigentlich zu der saldenmechanisch wünschenswerten Anpassung: Vermögende Gläubiger geben ihr Geld für realwirtschaftliche Aktivitäten aus. Die hätten es aber – auch angesichts der niedrigen Zinsen – schon längst machen können. Der zusätzliche Anreiz bestünde nun in einer partiellen Risikoübernahme durch die EU bzw. die Europäische Investitionsbank (EIB). Private Investoren erwarten allerdings eine Rendite, die die viel gepriesenen Infrastrukturprojekte einzelwirtschaftlich nicht erbringen. Von der regionalen Verteilung her sollten diese Investitionen in den Schuldnerländern stattfinden und möglichst deren Leistungen (Arbeit, andere Inputs) nutzen, damit dort Einkommen entstehen.

Problematisch bleibt, inwieweit ein solches Investitionsprogramm das Wachstum beflügeln würde. Sein Volumen von 315 Mrd. Euro entspricht etwa der derzeitigen jährlichen Investitionslücke von etwa 2,1% des BIP, wenn man darunter die Abweichung der Investitionen im Nachkrisenzeitraum 2009–2013 gegenüber dem Vorkrisenzeitraum von 1998 bis 2008 versteht (vgl. Tabelle 8). Aber die Wachstumswirkung der Investitionen hat stark nachgelassen (um 73,1% in der EU und um 82,7% in der Eurozone). Der Rückgang der Wachstumsraten war also höher, als durch den Rückgang der Investitionen zu erklären ist.

In Spanien, Griechenland, Portugal und Zypern ist das Wachstum negativ, obwohl weiter, wenn auch deutlich weniger, investiert wurde. Das deutet darauf hin, dass Investitionen allein die Wachstumskrise nicht beheben werden, worauf auch andere Experten schon hingewiesen haben (Gros 2014). Es bedarf offensichtlich auch eines stärkeren Konsums, der aber nicht von den reicheren Bevölkerungsteilen zu erwarten ist, sondern eher von der Masse der ärmeren Haushalte kommen müsste. Damit steht das Thema Einkommensverteilung wieder auf der Tagesordnung.

Tabelle 8: Investitionsquoten, BIP-Wachstum, „Kapitalproduktivität“ vor und nach der Krise

	1998-2008			2009-2013		
	Investitions- quote (%)	Wachstum (%)	W/I	Investitions- quote (%)	Wachstum (%)	W/I
EU-28	20,3	43,9	2,2	18,2	10,6	0,6
Eurozone	20,9	48,7	2,3	18,7	7,5	0,4
Belgien	20,7	49,2	2,4	20,4	12,3	0,6
Bulgarien	23,6	199,2	8,4	22,9	14,3	0,6
Tschechien	27,0	148,6	5,5	23,7	5,1	0,2
Dänemark	20,3	44,1	2,2	17,4	11,4	0,7
Deutschland	19,0	22,0	1,2	17,5	15,3	0,9
Estland	31,4	179,5	5,7	23,6	33,2	1,4
Irland	24,0	106,1	4,4	12,0	1,1	0,1
Griechenland	20,0	112,0	5,6	15,8	-21,2	-1,3
Spanien	27,8	95,0	3,4	20,7	-2,3	-0,1
Frankreich	19,2	43,7	2,3	19,6	9,2	0,5
Kroatien	23,9	99,8	4,2	20,5	-3,7	-0,2
Italien	20,7	38,9	1,9	18,6	2,7	0,1
Zypern	19,5	99,4	5,1	16,4	-2,1	-0,1
Lettland	28,7	199,6	6,9	21,1	26,2	1,2
Litauen	23,5	165,5	7,0	17,3	29,9	1,7
Luxemburg	21,3	105,7	5,0	18,4	27,8	1,5
Ungarn	22,7	113,9	5,0	18,5	7,1	0,4
Malta	20,0	69,8	3,5	16,5	21,9	1,3
Niederlande	20,4	59,3	2,9	17,4	5,1	0,3
Österreich	22,5	44,9	2,0	21,0	13,3	0,6
Polen	20,8	102,5	4,9	19,7	25,4	1,3
Portugal	24,4	53,6	2,2	17,8	-1,7	-0,1
Rumänien	25,1	218,5	8,7	25,0	20,3	0,8
Slowenien	26,0	82,3	3,2	19,4	-0,4	0,0
Slowakei	26,6	214,9	8,1	20,8	14,9	0,7
Finnland	20,0	48,7	2,4	19,3	12,3	0,6
Schweden	18,1	28,8	1,6	18,4	43,9	2,4
Großbritannien	17,2	20,6	1,2	14,5	19,4	1,3

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Bemerkung: Der Quotient von Wachstumsrate und Investitionsquote ist ein Indikator für die Produktivität der Investitionen, entspricht aber nicht formal der Kapitalproduktivität, weswegen dieser Begriff in Anführungszeichen steht.

Fassen wir zusammen: Die Ungleichheit in der EU ist hoch und hat in vielen Mitgliedstaaten zugenommen, sowohl zwischen Haushalten als auch zwischen Regionen. Die Abnahme der Ungleichheit zwischen Ländern war bis 2007 deutlich, stagniert aber seitdem im Zuge der Krise. Die Ungleichheit war eine der Krisenursachen und verhindert auch eine rasche Erholung. Die Wachstumsschwäche in der EU, vor allem in der Eurozone, kann nur durch eine nachhaltige Nachfrageexpansion überwunden werden, die sich auf eine bessere Einkommensverteilung stützen muss.

Dieser Beitrag stützt sich stark auf Dauderstädt 2014 und 2015.

Michael Dauderstädt studierte Mathematik, Ökonomie und Entwicklungspolitik in Aachen, Paris und Berlin. Er arbeitete von 1980 bis 2013 für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und ist jetzt Geschäftsführer des Dietz-Verlags.

Anmerkungen

1. Man unterscheidet zwischen Beta- und Sigamkonvergenz. Betakonvergenz innerhalb einer Gruppe (z. B. der EU) liegt vor, wenn die Einheiten einer Gruppe mit dem niedrigsten Ausgangsniveau schneller wachsen als die mit dem höheren Ausgangsniveau. Sigmakonvergenz liegt vor, wenn die Streuung (Standardabweichung) innerhalb der Gruppe abnimmt (vgl. Dauderstädt 2014).

2. NUTS (Nomenclature for Territorial Units for Statistics) ist die EU-Klassifikation von Regionen; NUTS 1 sind Großregionen wie deutsche Bundesländer; NUTS 2 kleinere Basisregionen für regionalpolitische Maßnahmen.

Literatur

Dauderstädt, Michael (2012): Staatsschulden, Demokratie und Ungleichheit Bonn (FES) (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09093.pdf>).

Dauderstädt, Michael (2014): Konvergenz in der Krise. Europas gefährdete Integration Berlin (FES) (library.fes.de/pdf-files/id/ipa/10941.pdf).

Dauderstädt, Michael (2015): Kartografie der Ungleichheit: Wachstum, Arbeit, Einkommen in Europa. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 4/5.

Dauderstädt, Michael, Cem Keltok (2014): Krise, Austerität und Kohäsion: Europas stagnierende Ungleichheit. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Dauderstädt, Michael, Cem Keltok (2015): Das soziale Europa in der Krise. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Gros, Daniel (2014): Investment as the key to recovery in the euro area? CEPS Policy Brief 326.

OECD (2011): *Divided we stand: Why inequality keeps rising*. Paris.

Rajan, Raghuram G. (2010): *Fault lines: How hidden fractures still threaten the world economy*. Princeton: Princeton University Press.